

Ukraine und Tag des Sieges: Berlin will das Gedenken an die wahren Befreier vom Nazismus canceln

7 Mai 2023 13:40 Uhr

Mit seiner parteiischen Entscheidung, die beiden Gedenktage 8. und 9. Mai zu "ukrainisieren", gefährdet das Berliner Verwaltungsgericht nicht nur sozialen Frieden in Deutschland. Es ist ein Versuch, das Kriegsgedenken im Geiste der Cancel Culture zu kapern.



Quelle: www.globallookpress.com

Wer darf im heutigen Berlin das Kriegsgedenken für sich beanspruchen?

Auf dem Bild: Ein Element des sowjetischen Denkmal-Ensembles im Treptower Park.

Von Wladislaw Sankin

Mit der Entfernung des "bronzenen Soldaten", des sowjetischen Denkmals für die im Kampf gegen Nazismus gefallenen Rotarmisten, aus dem Stadtzentrum von Tallinn im April 2007 hat die estnische Regierung die Epoche der Denkmalstürze gestartet. Die Aktion wurde von den Protesten der russischen Minderheit begleitet, die in zweitägigen Unruhen gipfelte und ein Todesopfer und Dutzende Verletzte forderte. Auch die russische Regierung protestierte vehement. Doch, das Denkmal wurde von dem jetzt "unpassenden" Ort abmontiert und an einem Friedhof am Rand der Stadt wiedererrichtet.

Dieser erste medial weitverbreitete Akt des Geschichtsrevisionismus wirkt aus heutiger Sicht als große zivilisatorische Geste, schließlich steht das Denkmal bis heute. Diesem folgte eine echte Pandemie der Denkmalstürze, die insbesondere ab dem Jahr 2015 Hunderte von Denkmälern in Polen, Lettland und der Ukraine vernichtete.

Das letzte Denkmal wurde am 5. Mai im polnischen Glubczyce von einem Bagger zu Boden [gerissen](#). Dieses wurde im Gedenken an 676 gefallene Soldaten der 1. Ukrainischen Front der Roten Armee errichtet. Den Sturz "zelebrierten" örtliche Amtsträger in einer Live-Schaltung.

Es ist inzwischen [denkbar](#), dass manch ein deutscher Politiker vom Schlag eines [Revisionisten](#) wie Roderich Kiesewetter in Berlin gerne das Gleiche tun würde. Bisher wurde das sowjetische Denkmal-Ensemble in Berlin, das das Denkmal in Tiergarten und Parkanlagen in Pankow und Treptower Park einschließt, von den Behörden relativ pfleglich behandelt. Dies geschieht allerdings nicht bloß aus gutem Willen, sondern weil Denkmalpflege im Zwei-plus-Vier-Vertrag verankert ist. Die Nichtbeachtung dessen von deutscher Seite würde sehr wahrscheinlich Spiegelmaßnahmen gegenüber [zahlreichen deutschen Gräbern in Russland](#) nach sich ziehen.

Viel wahrscheinlicher ist deshalb nicht die Vernichtung der Denkmäler auf deutschem Boden, sondern die Drangsalierung derjenigen, die diese Gedenkorte jedes Jahr für ausgelassenes Feiern am Tag des Sieges am 9. Mai aufsuchen. Ein striktes Verbot von Russlandfahnen und allen Symbolen der sowjetischen Sieger und Befreier der Stadt, einschließlich des Singens und Abspielens dazugehöriger Lieder, an beiden Feiertagen am 8. und 9. Mai ist ein klarer Schritt in dieser Richtung.

Wie konsequent dieses Verbot umgesetzt wird, durfte ich während der Aktion Unsterbliches Regiment [im vergangenen Jahr](#) erleben, als ein Polizist mich aufforderte, die schmalen Streifen in Farben des Sankt-Georgs-Bands auf dem Porträt meines Großvaters zuzukleben. Doch damals durften auch proukrainische Aktivisten, die ihre Störaktionen überall durchführten, wo die Feiernden auftauchten, keine ukrainischen Fahnen schwenken. Bei Zuwiderhandlungen griff die Polizei auch dort ein, zwar tat sie das weniger energisch, aber sie griff ein – ein Minimum an Äquidistanz und Gleichbehandlung, die ein Staat seinen Bürgern eigentlich gewähren sollte.

In diesem Jahr sollte es ähnlich sein ... bis das Berliner Verwaltungsgericht das Verbot ukrainischer Fahnen am Freitag [gekippt hat](#). Es gab damit dem Eilantrag der in Berlin ansässigen ukrainischen Organisation "Vitsche" statt. "Aktivisten" dieses Vereins sind in der Vergangenheit mit [provokativen Störaktionen](#) wie die symbolische "[Beschlagnahmung](#)" des Russischen Hauses in Berlin-Mitte oder der [Vernichtung der Blumen](#) auf dem Panzer vor der russischen Botschaft in Erscheinung getreten.

Der Anwalt von "Vitsche", Patrick Heinemann, teilte dem *rbb* mit: "Das Verwaltungsgericht hat unsere Rechtsauffassung bestätigt. Das Verbot ukrainischer Flaggen ist – mit den Worten des Gerichts – offensichtlich rechtswidrig. Wer von seinem Grundrecht Gebrauch macht, sich öffentlich zur ukrainischen Nation und ihren historischen Opfern bei der Niederrichtung des Nationalsozialismus bekennt, ist keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit." Dazu schrieb "Vitsche":

"Es bedeutet uns sehr viel, an solch bedeutungsschweren Tagen mit der ukrainischen Fahne an die Opfer der Ukraine des Zweiten Weltkriegs zu gedenken."

Aus dieser Bemerkung lassen sich die zwei tragenden Säulen der ukrainischen gegenwärtigen Geschichtspolitik herauslesen. Zum einen wird das Kriegsgedenken "ethnisiert" und in Erwiderung auf den konstruierten Vorwurf, dass Russland angeblich das Kriegsgedenken für sich monopolisiert, für jede Nation der ehemaligen Sowjetunion eine von Russland getrennte Erinnerungstradition künstlich geschaffen. Also bedeutet das:

Teile (die Erinnerung) und herrsche!

Zum anderen geht es bezüglich der Erinnerung an bedeutsame Ereignisse, solange diese überhaupt stattfindet, nicht um die Sieger, sondern um die Opfer. Es geht pauschal um die Opfer "zweier Diktaturen", strikt nach sogenannter Totalitarismustheorie. Die massenhafte Vernichtung der Denkmäler für die Sieger über Hitlerfaschismus im eigenen Lande ist dafür ein Beleg.

Dabei beabsichtigen die "Aktivisten" diesmal offenbar etwas Ehrgeizigeres als nur einfache Störaktionen. Ihr Ziel ist nichts Geringeres als die Umdeutung des Gedenkens an Siege auch in Deutschland. Dementsprechend wollen sie auf dem Gelände im Treptower Park nicht nur am 8. Mai, sondern auch am 9. Mai dominieren, denn an diesem Tag [feiern](#) Russland und seine Freunde den Sieg, obwohl die Ukraine diesen Feiertag aus ihrem Kalender schon längst gestrichen hat.

Das geht aus einem Aufruf zu einer [Gedenkaktion](#) auf dem russischsprachigen Telegram-Kanal "Demokratie-JA" hervor: "Die Vernunft hat gesiegt: Sie können jetzt mit einer ukrainischen Flagge in den Treptower Park kommen! Wir sehen uns am 8. und 9. Mai im Treptower Park zur Veranstaltung Reclaiming Remembrance: From 1945 to 2023. Treffpunkt: am Denkmal "Mutterland" ab 12:00 Uhr Exkursionen, ab 15:00 Uhr, Aufführungen auf der Bühne ab 17:00 Uhr"

Für Pro-Ukrainer wird also eine Bühne im Treptower Park aufgestellt! Dabei durfte es in den vergangenen Jahren kaum Bühnen im Treptower Park geben und es herrscht ein Sing-Verbot für Pro-Russen. Das zweigeteilte [Werbebild](#) im Aufruf zeigt einen Sowjetsoldaten und einen ukrainischen Kämpfer, die beide eine Großmutter trösten. Die Botschaft ist klar: Damals waren es die Deutschen, die unser Land überfallen haben, heute sind es die Russen. Die Deutschen waren Nazis, die Russen sind es auch. Die Ehre, die Nachfahren der Kämpfer gegen Nazismus zu sein, nimmt damit die Ukraine für sich in Anspruch.

Für Vertreter des sogenannten "[politischen Ukrainismus](#)" ist diese Manipulation eine typische Masche. In der Ukraine wird das Gedenken an Sowjetsoldaten durch den Bandera-Kult ersetzt. Die moderne ukrainische Armee wird in die Tradition der blutigen Guerilla-Kämpfer der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) gestellt, wobei die UPA durch und durch aus Nazi-Schergen bestand. Alle Sowjetsymbole sind in der Ukraine verboten, während Symbole des Nazismus toleriert werden.

Pure Heuchelei? Nein, das ist eine völlig normale postmoderne Äquilibrium oder Synkretismus, der unvereinbare Elemente zusammenbringt. Dieser macht unter anderem auch Repressionen gegen die zahlenmäßig größte religiöse Gemeinde, die Ukrainische Orthodoxe Kirche, unter der Losung der religiösen Freiheit möglich. Die gleiche Denkweise ermöglicht auch russische Medien in der EU "zum Schutz der Meinungsfreiheit" verbieten.

Aber das, was an diesen Tagen in Berlin stattfindet, ist keine einfache Kaprice der ukrainischen "Aktivisten" – dies geschieht mit dem mutwilligen Einverständnis der deutschen Behörden. Solche Schritte sind gewollt und bis aufs letzte Detail in Berliner Stuben abgestimmt. Denn es ist bekannt, wie mächtig [die russophobe und proukrainische Lobby](#) in Deutschland ist.

Auch die komplette Überlassung des öffentlichen Raums für den ukrainischen "Aktivismus" am Tag des Sieges über den Hitlerfaschismus ist ein weiteres Zeichen für das Überdenken der Wahrnehmung des Krieges und das in Berlin

angestrebte Geschichtsnarrativ. Wissenschaftliche Vorarbeit haben dabei solche Einrichtungen wie das Berliner Museum Karlshorst (ehemals Deutsch-Russisches Museum) mit [Vorträgen](#) wie "Ein neuer Perspektivenwechsel: Der Krieg von 1941 bis 1945 im Blick von 2022" geleistet. "Durch den Angriffskrieg Russlands veränderte Diskurse im östlichen Europa", werden dadurch wissenschaftlich legitimiert.

Das gilt auch für die aktuellen Vorwürfe gegen die Russische Föderation. Die neue politische Botschaft Berlins an Russen und Pro-Russen, die im Verbot von allem Sowjetisch-Russischen gipfelt, wird zwar nicht ausgesprochen, aber sie deutet unmissverständlich an:

"Nazismus-Vorwurf gegen die Ukraine ist Quatsch. Ihr seid selbst Nazis."

Doch die Versuche im ehemaligen Machtzentrum des Hitlerfaschismus das traditionelle, ehrwürdige Kriegsgedenken zu verhindern und es durch ukrainische Surrogate zu ersetzen, werden scheitern. Das zeigt sich am oben angeführten [Beispiel](#) der Ukrainischen Orthodoxen Kirche ganz deutlich: Vom ukrainischen Staat beschlagnahmte Kirchen füllen sich nicht mit den anderen "erlaubten" Gläubigen, sie bleiben einfach leer.

Deshalb wird die Okkupation des Treptower Parks durch das ukrainische Blau-Gelb in der Tradition der "Cancel Culture" keinen gewünschten Effekt erzielen, denn die Bandera-Ukraine hat weder mit dem Sieg über Hitlerfaschismus noch mit dem Trauern um dessen Opfer etwas zu tun. Sie ist im Gegenteil ein Beispiel dessen, was mit einem Land geschieht, wenn Geschichtsrevisionismus und Revanschismus in Bezug auf Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs Oberhand gewinnen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.